

Aktenzeichen
11-ÖPNV

Kitzingen, 11.06.2024

Federführung: Sachgebiet 11

Vorlage-Nr.: SG 11/440/2024

Bearbeiter: Bianka Schurz

Tel.Nr.: 09321 928 1112

Beratungsfolge:	Status:öffentlich/nicht öffentlich	Termin:
Verkehrs- und ÖPNV-Ausschuss	öffentlich / Beschluss	24.06.2024
Kreisausschuss	öffentlich / Beschluss	23.07.2024
Kreistag	öffentlich / Beschluss	24.07.2024

Ermächtigung der Landrätin zur Zustimmung zur Verbundraumerweiterung

I. Vortrag:

Für die operative Umsetzung der Verbundraumerweiterung in den Planungsregionen 2 und 3 zum 01.01.2025 ist es notwendig, die entsprechenden Vorbereitungen bei den Verkehrsunternehmen des SPNV und aÖPNV zu treffen. Dies umfasst insb. die technische und vertriebliche Anpassung der Vertriebssysteme und die Übernahme der sich hieraus ergebenden Kosten sowie die Finanzierung der Mindereinnahmen durch die Aufgabenträger der NVM GmbH, welche sich durch die Anwendung des Verbundtarifs ergeben. Daneben ist auch die Finanzierung der Aufgabenträgerverbundgesellschaft durch ihre Gesellschafter sicherzustellen. Hierfür bedarf es einer Reihe rechtlicher Grundlagen, welche teilweise bereits geschaffen, teilweise jedoch noch bis zum Start 01. Januar 2025 zu schaffen sind, um alle erforderlichen Maßnahmen für die Verbundraumerweiterung ergreifen zu können.

Aufgrund der NVM Gesellschafterstrukturen und der Entscheidungsläufe der jeweiligen Gesellschafter ist es aus Sicht der Verwaltung daher notwendig, Frau Landrätin Tamara Bischof im Sinne einer frist- und zeitgerechten Umsetzung entsprechende Handlungsbefugnisse im Sinne des Landkreises Kitzingen für die Verbundraumerweiterung einzuräumen.

In der letzten NVM Gesellschafterversammlung wurde die begleitende Rechtsanwaltskanzlei BBG und Partner damit betraut, im Sinne der Verbundraumerweiterung einen entsprechenden Beschlussvorschlag für die politischen Gremien der Gesellschafter zu erarbeiten. Diesen Beschlussvorschlag hat die Verwaltung nach Prüfung entsprechend übernommen. Der fachlich zuständige Verkehrs- und ÖPNV Ausschuss ist über jeder Entscheidung entsprechend durch die Verwaltung zu informieren.

II. Beschlussvorschlag:

Die Landrätin des Landkreises Kitzingen wird ermächtigt, alle für die Verbundraumerweiterung notwendigen Maßnahmen umzusetzen bzw. sämtliche rechtsverbindlichen Erklärungen abzugeben, insbesondere alle notwendigen Verträge und Vereinbarungen gem. Sachverhalt zu unterzeichnen. Dies umfasst auch den Erlass einer Allgemeinverfügung für den Ausgleich der verbundbedingten Mindereinnahmen.

Tamara Bischof
Landrätin